

Gewerkschaftsdisziplin.

ap. Zwei Monate sind seit der letzten Werkstarbeiterbewegung vergangen, und klar zeigt es sich, wie schwer die Werkstarbeiterbewegung an der Wasserlante unter ihren Folgen gelitten hat. Nachdem die außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit gefordert hatte, haben die Werkstarbeiter diese günstige Gelegenheit sofort ausgenutzt. Wenn in unserer Presse gesagt wurde, daß sie an den ihnen auf Gnade und Ungnade überlasserten Arbeitern grausame Rache genommen haben, daß das aber sicher nicht klug sei, da jetzt die Arbeiter wieder die Sympathie des ganzen Proletariats gewannen, so wird damit wohl schwierig das Richtige getroffen sein. Nicht um vernunftwidrige Rache handelt es sich, sondern um Schwächung der Arbeiterschaft. Der fränkende Zwang, sich bei dem Arbeitsnachweis der Unternehmer zu melden, dort tagelang immer wieder umsonst zu warten, um dann vielleicht zugelassen zu werden, war nicht eine zwecklose Demütigung. Er war mit Absicht gewählt worden, um die Arbeiter zu demoralisieren, ihnen den Kampfesmut und den stolzen Sinn auszutreiben und zugleich durch Maßregelungen großen Stils die ältesten und kampftüchtigsten Elemente zu beseitigen. Zugleich zog die gelbe Post ein; durch Gründung von Werkvereinen wurde versucht, die Arbeiter zu spalten und kampfunfähig zu machen. Dass die große Masse der Mitglieder trotz allen Drucks ihrem Verband treu geblieben ist, zeugt von der Tüchtigkeit und Festigkeit der Männer. Aber trocken ist der Schaden groß genug; wenn auch nur relativ wenige auf die Läden hörten, so doch Unsicherheit und gegenseitiges Misstrauen ein, denn keiner wußte, wer unter seinen ehemaligen Kampfgenossen nicht zum Denunzianten geworden war. In die vorhin so fest geschlossenen einheitlichen Kampftruppen der Werkarbeiter ist ein Keil getrieben, und Jahre angestrengter Organisationsarbeit werden nötig sein, bevor dort wieder an Kampf gedacht werden kann.

Hätte der Verbandstag all diese Folgen seines Beschlusses klar voraussehen können, so ist es kaum zweifelhaft, daß die Mehrheit auf der andern Seite gewesen wäre. Es ist natürlich völlig zwecklos, hinterher die Möglichkeit zu erwägen, ob nicht durch ein andres Auftreten die Werkarbeiter wieder geschlossen in die Werkstatt hätten zurückgeführt werden können. Dagegen ist es wichtig, die allgemeinen Gründe, die bei der Entscheidung maßgebend waren, im Lichte der späteren Folgen zu prüfen, weil sie sich bei andern Bewegungen auch wieder geltend machen können. Soweit ein solcher Grund in der Furcht vor einer allgemeinen Aussperrung lag, braucht er hier nicht besonders behandelt zu werden. Denn soweit dabei allgemeine Regeln in Frage kommen, ist es ohne weiteres klar, erstens, daß das Interesse einer Gruppe sich immer dem Interesse des Gesamtverbands unterordnen muß, und zweitens, daß die Taktik, auf einen Einzelangriff zu verzichten, um dem Generalkampf auszuweichen, nicht immerfort besetzt werden kann. Ob gerade in diesem Falle dieser Bezicht angebracht war, ist eine Frage, die nur bei sehr zwingenden, in den Einzelverhältnissen liegenden Gründen zu bejahen wäre.

Anderer steht es mit dem Grund, der immer als der wichtigste Faktor bei der Stellungnahme des Verbandstags angesehen wird: der Gefährdung der Gewerkschaftsdisziplin. Hier handelt es sich um ein allgemeines Prinzip, dem die augenblicklichen Vorteile und Rücksichten geopfert wurden. Der Disziplinbruch der Werkarbeiter, schrieb Genosse Adolf Braun im Septemberheft der österreichischen Revue "Der Kampf", bedeutete eine Krise in der Gewerkschaftsbewegung, gegen die die Frage nach der Berechtigung ihrer Forderungen völlig in den Hintergrund tritt. Und er preist die Generalversammlung, daß sie durch ihren Beschluss einen "verhängnisvollen Präzedenzfall" von der Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet hat. Hier wird also deutlich die Ansicht vertreten: die Hochhaltung der Disziplin ist ein solches Lebensinteresse der Gewerkschaften, daß sie auch um den Preis schwerer augenblicklicher Schädigung nicht zu teuer erkauft ist. Ist diese Ansicht richtig?

Im Kriege hat die Disziplin als Grundlage aller Heeresorganisation sicher keine geringere Bedeutung als im Klassenkampf. Und doch, wie oft sind da nicht in besonderen Verhältnissen Disziplinbrüche vorgekommen, die ungewöhnlich und Quellen des Sieges wurden. Und mit wie strenger Hand Unbotmäßigkeiten dort auch bestraft wurden, von einem General, der eine wider seinem Befehl zum Angriff losgegangene Truppe einfach von dem Feind zusammenhauen ließ, bloß um ein Exempel zu statuieren und die Disziplin hochzuhalten, sieht man in der Geschichte nirgends.

Nur handelt es sich gewiß bei der Disziplin in der Arbeiterbewegung um ganz etwas andres und tieferes; während militärische Disziplin ein erzwungenes, wenn auch notwendiges, so doch immer künstliches Verhalten ist, ist die proletarische Disziplin der werdende Grundcharakter eines neuen Menschthums. Sie ist die Unterordnung des einzelnen unter die Gemeinschaft, die Zurückstellung des persönlichen Willens hinter den Gemeintwillen; sie wächst als die neue proletarische Tugend in den Massen auf, schmiedet sie zu einer Macht mit einheitlichem Willen zusammen und befähigt sie erst dadurch, Herrschaft und Freiheit zu erobern. Weil diese proletarische Disziplin ein Grundelement der proletarischen Macht ist, ist ihre stetige Förderung so wichtig, daß man dafür gelegentliche sonstige Nachteile ruhig in den Kauf nehmen wird. Aber die hier in Frage stehende Gewerkschaftsdisziplin trägt doch einen andern Charakter.

Weil die wachsende Zentralisation immer mehr dazu geführt hat, die Entscheidungen in die Hände kleiner Personengruppen zu legen, muß das Befolgen des Gebots dieser Disziplin meist darin bestehen, sich jenen Entscheidungen zu fügen. Die Disziplin als Gehorsam gegenüber den Weisungen der Führer mag nun eine praktische Notwendigkeit zeitweiliger Kampfformen sein, aber sie ist doch eine ganz andre Eigenschaft als jene proletarische Tugend, deren höchste Vollendung die Vorbedingung unsres Sieges ist. Ihre vollkommenste Ausbildung kann also auch nicht als ein so hohes Ideal betrachtet werden, daß es den Preis sonstiger schwerer Schädigungen wert wäre. Für die Taktik im gewerkschaftlichen Kampf wäre es gewiß eine Erleichterung, wenn darauf zu rechnen wäre, daß die Mitglieder immer genau einschwenken, wie gutgedrillte Soldaten. Aber die Wirklichkeit des Lebens macht die Erreichung dieses Ideals einerseits unmöglich, und anderseits nicht einmal erwünscht.

Unmöglich, weil der gewerkschaftliche Kampf zwar einerseits ein Feilschen und Handeln um die Ware Arbeitskraft ist, aber zugleich ein Stück Klassenkampf, in dem sich das tiefste Leid, das schwerste Leidseind und damit die ganze Leidenschaft des Proletariats einen Ausweg bahnt. Die Kampfeslust, die einer tiefgefühlten Notwendigkeit des Kriegs um das Leben entspringt, löst sich nicht restlos in eine klug-vorsichtige Gewerkschaftstaktik aufzulösen; solange im stetigen Vorwärtskämpfen Erfolge erzielt werden, geht es, aber hört das auf, so treten immer stärkere Reibungen und Spannungen auf. Die wilden Streits und Disziplinbrüche, die vor ein paar Jahren in den englischen Gewerkschaften, die doch bis dahin Muskelgebilde einer entwidesten Gewerkschaftsdisziplin waren, losbrachen, beweisen, wie unmöglich es unter dem aufpeitschenden Druck gewaltiger kapitalistischer Entwicklung ist, zu einer vollendeten Gewerkschaftsdisziplin zu kommen.

Aber es wäre auch nicht einmal erwünscht. Ja, könnte eine solche ideal disziplinierte Gewerkschaftsbewegung nicht nur stetige Verbesserungen erkämpfen, sondern auch den Kapitalismus beseitigen, dann müßte ihrer Förderung alles weichen. Aber das kann sie nicht; sie ist nur ein Teil der ganzen Bewegung. Die Beseitigung des Kapitalismus kann nur das Werk von Massen sein, die durch einen Druck zur höchsten Energie ausgespielt werden und keine Oster scheuen. Ein solcher Kampf ist nicht durch noch so kluge Führer zu leiten, ja nicht einmal zu beabsichtigen. Wo diese von der schweren Verantwortlichkeit erdrückt werden, könnte ein noch so gut einredselter Geschwam der Massen nichts ausrichten. Gilt das schon einigermaßen von riesigen Gewerkschaftskämpfen, so noch viel mehr von politischen Massenbewegungen. Ihr Erfolg liegt in der selbständigen Aktionskraft, in der ungebogenen Kampfenergie, in der führenen Initiative der Massen. Aber gerade diese Eigenschaften, auf die es in dem Befreiungskampfe ankommen wird, würden bei einer vollendet Gewerkschaftsdisziplin unterdrückt und verpönt sein. In den Diskussionen über die künftigen politischen Massenkämpfe wurde immer auf die selbständige Initiative der Masse hingewiesen, ohne die man nichts beginnen könne: kann es da gut sein, daß diese dann auf anderm Wege den Massen möglichst ausgesetzt werden? Ob es nötig war, die Initiative der Werkarbeiter, weil sie nicht strikte innerhalb der vorgeschriebenen Formen sich äußerte, als Fehler zu behandeln, darüber wollen wir hier hinterher nicht rechten. Wenn aber ein Aufstand striktester Annehmung der Gewerkschaftsdisziplin, bei dem zugleich diese Initiative labhängig werden würde, als ein hohes und wichtiges Ziel gesehen wird, so muß demgegenüber mit allem Nachdruck betont werden, daß damit eine wichtige Quelle proletarischer Zukunftsziele verschüttet wird.

Soziale Rundschau.**Polizei und Prostitution.**

Necht interessante Dinge, die die ganze Hilflosigkeit beweisen, mit der die Verwaltungsbürokratien Krankheiten am Gesellschaftsvertrag gegeißelt verstecken, fanden in der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Frankfurt a. M. bei Erörterung der Frage nach Errichtung von Bordellhäusern zur Sprache. Die Prostitution ist in der heutigen Gesellschaft nicht anzutrotten; alle Versuche, sie mit gesetzlichen Vorchriften und Verordnungen von Verwaltungsbürokraten zu beseitigen, scheitern. Der Gesetzgeber bedroht daher die Prostitution an sich auch nicht mit Strafe, sondern verlangt von den Prostituierten nur die Beobachtung der von der Polizei angeblich zum Schutz der Gesundheit und zur Wahrung des öffentlichen Anstandes erlassenen Vorschriften. Sträßisch ist aber, den ungünstigen Opfern der Prostitution Wohnung zu gewähren. Wer das tut, für den steht das Gesetz Gefängnis vor. In der Zwischenzeit, daß die Prostitution ein unentbehrlicher Bestandteil der heutigen Gesellschaftsordnung und daß dieselbe Gesellschaftsordnung ständig Frauen zur Prostitution zwingt, daß aber das Gesetz jeden, der diesen ungünstigen Oddbach gewährt, bestraft wissen will, zappeln die Verwaltungsbürokraten ständig. In Frankfurt a. M. bestand im vorigen Jahre der Plan, eine in unmittelbarer Nachbarschaft des Bahnhofs belegene Straße zu einer Bordellstraße umzuwandeln. Der Genehmigung des Polizeipräsidiums hatte sich ein berühmter Geschäftsmann verweigert. Die interessierten Handelsbetreiber der Nachbarschaft, die Entwertung ihrer Grundstücke befürchteten, erhoben Einspruch und auch die Stadtverwaltung schwieg nicht, was zur Folge hatte, daß der Plan auf Anordnung des Regierungspräsidenten nicht ausgeführt wurde. Anzivischen hat in einem Haufe dieses Stadtviertels eine Frau, die schon wegen Knuppel vorbestraft ist, in aller Stille ein Bordell eingerichtet, dessen Betrieb von der Polizei absolut nicht gestört wird. Kein im Gegenteil: die Polizei schützt ihn. Bei der Besprechung des Falles in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung erklärte ein Vertreter dieses Bezirks, daß Nachbarn, die das Nommen und Gehn in dem Hause von der Straße aus beobachtet hatten, von Beamten der Sittenpolizei zur Polizeiwache gebracht worden seien. Die Besitzerin des Bordells häuselte sich in ihrem Geschäft gesäßt und polizeiliche Hilfe begehrte, die ihr auch gewährt worden ist.

Um die Erregung über den Bordellbetrieb zu beschwichtigen, hat der Frankfurter Polizeipräsidium den Einfall bekommen — wie berichten immer nach den Ausführungen in der Stadtverordnetenversammlung — den Pfarrer des Bezirks zu sich zu bitten und ihm zu ersuchen, doch mit zur Verhüllung der Gemüter seiner Gemeinde beizutragen. Er, der Polizeipräsidium, wolle jedem Einwohner des Stadtteils die Beherrschung einer Prostituierten gestatten!

So sehr der Vorschlag überraschen mag, so verrät er doch immerhin die Einstich, daß mit dem vom Gesetz verlangten Handeln der Behörden zur Prostitutionsfrage nichts anfangen und daß es nichts weiter als Houchelei ist, wenn die Verfolgung des Knuppelparagraphen behauptet oder vorgeklagt wird.

Der Kampf des Leipziger Aerzteverbandes gegen die Krankenkassen.

Die Tatsache, daß schon in einer ganzen Anzahl von Städten eine Einigung zwischen den Aerzten und den Krankenkassen zu Ende gekommen ist, ohne dabei den Forderungen des Leipziger Aerzteverbandes Rechnung zu tragen, scheint an den Machern des Leipziger Aerzteverbandes spurlos vorübergegangen zu sein, denn sonst würden sie nicht diese Lehren in den Wind schlagen. Es werden von dort aus Forderungen gestellt, die schon moralisch nicht bestehen können. Das zeigt sich gegenwärtig bei einem Konsult der Duisburger Aerzte mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Nicht nur haben die Aerzte dort ohne jeden verhältnismäßigen Grund zum 1. Januar 1914 die Krankenkasse die Verträge gekündigt, sie haben auch jetzt noch die Sperrre über Duisburg verhängt, um den Brzug von Aerzten abzuwehren. Um zu beweisen, daß den Duisburger Aerzten jedes moralische Recht an einem Kampfe gegen die dortige Ortskrankenkasse fehlt, sei folgendes erwünscht:

Aus den Jahresberichten von 14 verschiedenen Orts- und anderen Kassen aus der Umgebung von Duisburg in ungefähr herstellbarer Stärke, wie die Duisburger Ortskrankenkasse geht hervor, daß diese in bezug auf ärztliche Honorarzahlung an der Spitze sämtlicher

vierzehn Kassen steht. Es wurde von diesen Kassen im Jahre 1912 pro Mitglied 5.21 M. bis 9.70 M. für Arzthonorar gezahlt; die Duisburger Ortskrankenkasse aber zahlte 10.63 M.! Aber nicht nur zahlte sie bereits die höchsten Honorare, sie hatte sich auch noch zu weiterem Entgegenkommen auf die Forderungen der Aerzte hin bereit erklärt. Sie erklärte sich zu einer Erhöhung der Tarifquote bereit, ebenso zur Verhandlung über einige andere Wünsche, lediglich um des lieben Friedens willen. Nur die Forderung der Differenzierung der Kassen über 2000 M. Einkommen hinaus und die bekannte Forderung des Elbpueler Verbandes nach Ausscheiden der auf Grund des § 170 der R.-R.-O. zur Selbstversicherung Berechtigten lehnte die Kassenverwaltung aus sozialen Gründen ab. Und die Folge dieses Entgegenkommens war — Abbildung der Verträge!

Eine ganze Anzahl Aerzte, die das Unberechtigte der Abbildung einsahen, weigerten sich nun, zunächst den Schriftmätern im Duisburger Aerzteverein zu folgen. Aber sie wurden überstimmt (24 gegen 14). Und dann trat die sogenannte Standesorganisation in Funktion. Nach spät abends fuhren zwei Herren per Automobil in der Stadt umher, um noch im letzten Augenblick die widerstreitigen Kollegen zur Abbildung der Verträge zu bewegen. Sie brachten es denn auch fertig, daß sie nach 10 Uhr abends den Vorsitzenden der Duisburger Ortskrankenkasse in seiner Privatzimmer von sämtlichen Kassenärzten die Abbildung überreichen konnten bis auf drei, die den Überredungskünsten widerstanden hatten. Und nachdem nun, notgedrungen, die Duisburger Ortskrankenkasse annonciert, um sich anderweitig ärztliche Hilfe zu beschaffen, da weiß der Elbpueler Verband die Aerzte unter der geradezu lächerlichen Behauptung, daß die Kasse unberechtigt erweise (1) Aerzte suchte, auf den berichtigten "Verpflichtungsschein" des Elbpueler Aerzteverbandes hin. Es wird ihnen untersagt, unter deutscher Anspruch auf das verständigte Ehrenwort, keinerlei Verträge mit der Duisburger Ortskrankenkasse abzuschließen und auch keine Werbungen einzureichen.

Damit ist ein Aerztekonflikt in Duisburg in geradezu trivialer Weise herausgeworfen. Ob die Herren große Freude daran haben werden, das steht freilich auf einem andern Blatte.

In Elbau fand eine Versammlung von Krankenkassenvertretern Ostfachsens statt, in der beschlossen wurde, Verhandlungen mit den Aerzten einzuleiten. Die Verhandlungen sollen spätestens am 21. Oktober beginnen und am 31. Oktober beendet sein. Falls die Aerzte sich weigern, in Verhandlungen einzutreten, soll von allen nötigen Mitteln, insbesondere auch vom § 370 der R.-R.-O. (wonach die Kasse auf Antrag durch das Oberversicherungsamt ermächtigt werden kann, statt der Krankenkasse und ärztlicher Behandlung erhöhte Krankengeld zu geben) gegen die Aerzte Gebräuch gemacht werden.

Vorher haben die Aerzte Verhandlungen mit der Bergbauabteilung abgelehnt, daß es ihnen vom Leipziger Aerzteverband untersagt werden sei, einzeln Verträge mit den Krankenkassen abzuschließen.

Protestbewegung gegen die Wohnungsnot in Amsterdam.

Unter Führung unserer Partei haben in Amsterdam sämtliche Arbeitervereine — auch die katholischen und die evangelischen — eine Protestbewegung gegen die herrschende Wohnungsnot eingeleitet. Das jetzt hinzugekommene Clerical-Kabinett hat als eine seiner letzten realistischen Taten noch den Beschluss gefaßt, daß Verlaender Stadt Amsterdam, einen Betrag von 1'. Millionen Gulden als Auskunftsbeiträge, seien Wohnungsbauvereinen zur Verfügung zu stellen, abzulehnen. Als Grund der Ablehnung hat das Kabinett angegeben, die Art der geplanten Wohnungen seien zu kostspielig; in Wirklichkeit erfolgte die Ablehnung aber, weil die Regierung dem privaten Baugeschäft nicht mit Staatseldern Konkurrenz machen will. Gegen diese Verstüfung richtet sich nun die Protestbewegung der Arbeitervereine. Gefordert wird auch von der Gemeindevertretung die endliche Ausführung des vor mehr als zweihundert Jahren eingerichteten sozialdemokratischen Antrags, die Stadt möge zweitausend Wohnungen herstellen lassen. Daß auch die gesamte religiöse Arbeiterbewegung sich gegen eine Verstüfung des Clerical-Kabinetts und für eine sozialdemokratische Vorlage ins Zeug legt, ist ein seltes Schauspiel. Es ist ein Zeichen, wie sehr das Wohnungsleben auch den von der Kirche geführten Arbeitern das Mark aus den Knochen sorgt.

Bereine und Versammlungen.**Der Verein Konnewitz.**

hielt seine Generalversammlung im Sächsischen Hause ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden fanden eine Generalversammlung, eine öffentliche und 5 Mitgliederversammlungen statt. Der Vorsitz erledigte seine Geschäfte in 5 Sitzungen. Der Vortragablauf des Genossen Herre geht auch diesmal eine starke Beteiligung. Ferner fanden statt ein Familienabend, ein Nachtausflug, drei Kinderausflüsse für solche unter 12 Jahren und einer für Kinder über 12 Jahren. Der Kassenbericht weist eine Gefamiliennahme von 3229,40 Mark auf. Die Ausgaben betragen 3202,51 Mark, bleibt ein Überschuss von 26,95 Mark. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 1880 Mark. Die Revisoren haben die Kasse bei zweimaliger Revision in bester Ordnung gefunden. Aus dem Bericht der Mitgliederkommission geht hervor, daß der Verein am Jahresende 1110 männliche und 188 weibliche Mitglieder zählt. Die Zeitungskommission hat 1510 Zeitungsleseer festgestellt. Die Bibliothekskommission hat 2423 Bände an 1000 Leser ausgetragen. Die Kinderschuttkommission hat einen Fall ungezüglicher Kinderarbeit an die Zentrale weitergegeben. Der Genosse Otto Ebert und die Genossin Sophie Ebert wurden in die Bibliothekskommission gewählt. Als weiterer Vertreter wurde Genosse Grundmann gewählt. Am 24. Oktober findet in den Friedrichshallen ein Kunstabend statt. Einem Antrage auf Verlegung des Versammlungstages vom Dienstag auf Sonnabend wurde zugestimmt.

Gastwirtsgesellen.

In einer gutbesuchten Versammlung der Gastangestellten referierte der Kollege Schröder über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Leipziger Gastgewerbe. Der Referent schilderte den Anwesenden in treffenden Worten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen. Höhe von 20 M., 15 M. und 10 M. sind an der Tagesordnung. Lohn wird in keinem Betrieb gewährt, die Angestellten sind nur auf Trinkgelder angewiesen. Die Behandlung der Angestellten ist in den meisten Betrieben eine miserable. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse aber in dem neu eröffneten Park-Cafe. Der Geschäftsführer fühlt sich dort als Alleinherrsch. Den dortigen Angestellten ist jede Unterhaltung mit den Gästen bei sofortiger Entlassung verboten. Das Gehalt beträgt in diesem Musterbetrieb 10 M. pro Monat, hiervon werden noch die gesetzlichen Invaliden- und Krankenfondsbeiträge abgezogen, so daß die Kellner das stärkste Gehalt von 4 M. pro Monat erhalten. Das Park-Cafe sollte am 1. Oktober eröffnet werden, sämtliche Angestellten mühten am 1. Oktober aufzutreten, das Geschäft konnte aber erst am 10. Oktober eröffnet werden. Die Angestellten hatten das Vergnügen, 9 Tage lang ohne Entschädigung die bekannten Bierarbeiten zu leisten. Der Verdienst betrug bei einem Kollegen an Trinkgeld am Eröffnungstage — 15 Pfg. — für 10 Tage geleistete Arbeit. Bei den kleinsten Wokommunen heißt es nur, sie können sofort gehen. Zum Schluss forderte der Referent die Kollegen auf, sich endlich aufzuraffen und sich dem Verband der Gastwirtsgesellen anzuschließen, nur dann wäre die Möglichkeit gegeben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Nach einer sehr jährligen Diskussion ließen sich verschiedene Kollegen aufnehmen.